

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

P/III/39

Hannover, 2. April 1948

## Misbrauchtes Mandat

sp. Mit Recht genießt die Gerichtsbarkeit in England ein hohes Ansehen, denn Volk und Justiz sind mit dem Wesen der Demokratie innigst verbunden. Auch in Frankreich und Amerika sind grosse Juristen wohl immer überzeugte Demokraten, während sie in Deutschland meist nur den Ehrgeiz haben, gute Beamte zu werden. In den Ländern des Westens ist die Unabhängigkeit der Justiz die Voraussetzung der Demokratie, in Deutschland beginnt diese zu früh gewährte Unabhängigkeit die schwachen Grundfesten der Demokratie wieder ins Wanken zu bringen. Es ist tatsächlich dem Irrtum der westlichen Besatzungsmächte zuzuschreiben, wenn sie, nach den Perspektiven ihrer heimatlichen Verhältnisse handelnd, in Deutschland einen durch und durch undemokratisch denkenden Staat im Staate entstehen liessen, der eine Reihe von offensichtlichen Justizirrtümern und fragwürdigen Urteilen produziert.

Die Deutschen neigen mehr als andere Völker dazu, den Besitz eines Amtes zu persönlichem Machtstreben zu missbrauchen. Die Justiz, durchdrungen von dem Selbstzweck ihrer Existenz, war in Deutschland immer dann ein williges Werkzeug des Staates, wenn ihr dieser Staat eine sehr reale Machtposition einräumte. In der wilhelminischen Zeit und in der Nazi-Ära war dies durchaus der Fall. Einsichtig erkannte die Justiz den Stärkeren, unterwarf sich seinen Bedingungen ohne Vorbehalt und tauschte dafür die Machtstellung einer vom Staate garantierten Unfehlbarkeit ein. Jene denunzierenden Zeugen, die sie einst als Musterexemplare von Volksgenossen hinstellte, belegt sie daher heute mit den geringstmöglichen Strafen, um die Spuren ihres anfechtbaren Verhaltens zu vernebeln.

In den Tagen nach dem Kriege gab es nur das Volk - die Gilde der "Ja-Sager", der "Unrecht-Sprechenden" hielt sich vorerst abwartend im Hintergrunde. Als jedoch der Mangel an Richtern und Staatsanwälten die Besatzungsmächte zwang, auf die alten Garnituren zurückzugreifen, hatte man die Gunst der Zeit begriffen.

2. April 1948

Die Justiz wurde selbständig und unabhängig. Heute ist es so, daß die Justiz zu einem verblüffend hohen Prozentsatz aus ehemaligen Pgs besteht und SS-Männer Rechtsanwälte und Notare sind. Justizskandale und immer wieder angefochtene Urteile sind das Ergebnis dieser Entwicklung. Die Empörung des Volkes ist berechtigt, wenn es erfährt, daß Verbrechen gegen die Ernährung, daß Großschieber und Korruptionen mit lächerlichen Geldstrafen abgetan werden und offenkundige Verbrechen aus der Nazizeit ungesühnt bleiben. Ein Journalist aber, der es wagt, ein Urteil anzugreifen, das in der zweiten Instanz ausdrücklich widerrufen wurde, erhält eine Geldstrafe von RM. 5.000,-. Hier sprach die Justiz pro domo - und niemand ist ermächtigt, diesen Widersinn zu korrigieren. Wenn die Justiz der Presse das Recht verweigern will, sich zum Fürsprecher der Öffentlichkeit zu machen, dann zeigt dies, wie weit sich die Rechtsprechung von ihrer eigentlichen Aufgabe entfernt hat und sich zum Selbstzweck erhob.

Von den Besatzungsmächten werden solche Vorgänge zu unrecht als "rein deutsche Angelegenheiten" bezeichnet. Die Militärregierungen aber waren es, die der Justiz Selbständigkeit und Unabhängigkeit gaben. Weder das Volk, noch irgend ein deutsches Parlament sind mit den hintergründigen Urteilen gegen Kriegsverbrecher, gegen Schieber und mit der von der Justiz betriebenen Einschränkung der Pressefreiheit einverstanden. Trotzdem kann hieran nichts geändert werden. Diese Justiz aber spricht nicht im Namen des deutschen Volkes Recht.

Es ist dringend notwendig, den Ministerpräsidenten der Länder und den Rechtsausschüssen der Parlamente die Berechtigung zu geben, in die Justiz hineinzuleuchten und alle jene Elemente auszumerzen, die sich heute zu Totengräbern der Demokratie entwickeln. Erst wenn die Justiz völlig gereinigt und von der Notwendigkeit einer Demokratie überzeugt ist, soll sie ihre Aufgaben frei und unangetastet erfüllen. Es muß ausdrücklich betont werden, daß diese Forderung nichts mit dem "gesunden Volksempfinden" oder einer "Volksjustiz" zu tun haben, die in autoritären Staaten als Vorwand zu legalisierten Verbrechen benutzt werden. (m/B8/24/2/he)

-----  
Labour Party greift durch  
-----

In London erwartet man, daß in Kürze fünf Labour Abgeordnete, die mit den Kommunisten sympathisieren, vor die Nationale Exekutive der Partei zitiert werden, um sich über ihre kommunistenfreundliche Haltung zu verantworten und über ihre Loyalität zur Partei geprüft zu werden. Diese "Reinigungsaktion" innerhalb der Labour Party liegt im Zuge der Politik der englischen Arbeiterpartei, den Kommunismus mit allen Mitteln zu bekämpfen und eine scharfe Trennungslinie zwischen ihm und dem demokratischen Sozialismus zu ziehen. Die Namen der fünf "belasteten" Labour-Abgeordneten werden vorerst noch geheimgehalten, allgemein wird jedoch Conny Zilliacus zu ihnen gezählt, der soeben erst wieder in Brentwood seine sowjetfreundliche Einstellung erkennen liess. (m/B65/24/2/hc)

-----

Französische Bemühungen um Europa  
 Von Alfred Frisch, Paris

Im März 1947 schloß Frankreich mit Großbritannien in Dünkirchen einen Allianzvertrag ab, um sich gegen einen neuen, möglichen Angriff Deutschlands zu sichern. Ein Jahr später setzte das gleiche Frankreich seine Unterschrift unter den Vertrag von Brüssel, der als Gerüst für die kommende westeuropäische Völkergemeinschaft angesehen werden kann und unterzeichnete ferner in Turin ein Zollunionsprotokoll mit Italien, das "allen anderen europäischen Staaten offen steht".

Diese Gegenüberstellung dürfte genügen, um den Entschluß Frankreichs, von einer streng französischen zu einer wahrhaft europäischen Außenpolitik überzugehen, zu beweisen. Damit ergibt sich auch eine grundlegende Änderung in der Pariser Einstellung zu Deutschland, das nicht mehr als ehemaliger Feind und auch immer weniger als neue, drohende Gefahr angesehen wird, sondern als ein unentbehrliches Glied des im Aufbau begriffenen Europas. Bezeichnend in diesem Sinne sind die unlängst von dem großen französischen Diplomaten und Dichter Paul Claudel in der Wochenzeitung "Le présent" veröffentlichten Äußerungen der sich von den Volksrepublikanern losgelösten gaullistischen Gruppe. Claudel sagt u. a. wörtlich: "Westeuropa, d. h. das Bollwerk des Westens, dessen Kernstück Frankreich ist, braucht Deutschland. Westeuropa hat seine Daseinsberechtigung in der schrecklichen sowjetischen Gefahr... Die deutsche Nation muß von einem Widerstandsgeist durchdrungen sein, dessen erste Bedingung der Wille zur Existenz ist... Es muß ihr vor allem jenes unschätzbare Gut, das kein christliches Volk entbehren kann, wiedergegeben werden: das Recht auf die Weite, das Recht auf die Hoffnung... Von allen Verbrechen, die Deutschland begangen hat, ist das Verbrechen gegen sich selbst das Schlimmste. An der Stelle der lebendigen Maschine, mit der unsere große Gemeinschaft rechnen konnte, befindet sich jetzt nur noch ein Hauch von zerstörtem und zerstreutem Material...".

Frankreich sieht heute eine Sendung in dem Gebären eines starken, geeinten Westeuropas und es ist bereit, im Interesse des gemeinsamen Werkes auch Deutschland die Hand zu reichen. Über 100 Parlamentarier, die allen Parteien angehören, mit Ausnahme der Kommunisten, haben in der Nationalversammlung den Antrag gestellt, die französische Regierung zu beauftragen, eine europäische verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Es besteht kein Zweifel, daß dieser Antrag vom Parlament einstimmig gegen die Kommunisten angenommen werden wird. In einer unlängst gehaltenen Rede ist Gaston Palewski, einer der engsten Mitarbeiter de Gaulles, bedingungslos für die Bildung eines geeinten Westeuropas unter Einschluß von Deutschland eingetreten und hat nicht nur die Abschaffung der Zollschranken gefordert, sondern auch eine weitgehende industrielle Arbeitsteilung innerhalb des neuen Wirtschaftsgebietes.

Gestützt auf das Parlament und die öffentliche Meinung hat das französische Außenministerium weitgehend die europäische Initiative ergriffen. Es ist klar, daß es dabei nicht nur an Europa denkt, sondern auch an die französischen Interessen. Paris soll geistig-politisch zum Mittelpunkt der neuen Staatengemeinschaft werden. Damit in Zukunft

die französische Stimme mehr Gewicht hat, bemüht sich Außenminister Bidault darum, eine Reihe von Staaten schon jetzt enger an Frankreich zu binden. Daher das Werben um Italien. Die Möglichkeiten im Norden sind beschränkt, da die Beneluxstaaten und die skandinavischen Länder bereits in sich geschlossene Regionalgruppen bilden. Es bleibt aber die in französischen Kreisen seit Kriegsende wiederholt erwähnte Achse Paris - München - Wien. Diese Wünsche erklären die Fühlungnahme zwischen hohen Beamten der französischen Militärregierung und bayerischen Ministern in Lindau, ebenso wie das Bestreben nach der Bildung eines katholischen "Rheinstaates" innerhalb einer möglichst losen, deutschen Föderation. Wenn dies auch nicht gerade mit den allgemeinen deutschen Vorstellungen harmonisiert, so kennzeichnet es doch die Wandlung der französischen Haltung.

Die französische Europapolitik wird von der überwiegenden Mehrheit des Volkes gebilligt. Allein die Kommunisten stehen abseits und übersteigern sich in Deutschenhaß und Nationalismus. Ihre Haltung ist verständlich, da es für sie nur ein von der Sowjetunion beherrschtes Europa gibt, ihre Argumente unterstreichen aber die Falschheit und die Schwäche ihrer Politik. Als Beweis seien lediglich folgende Zeilen aus einem im März in dem Parteiorgan "L'Humanité" erschienenen Artikel des diplomatischen Redakteurs Pierre Courtade: "man kann es nie oft genug wiederholen, daß die Verteidigung der Demokratie untrennbar ist von dem Kampfe für die nationale Souveränität".

-----

#### Italienische Wahlprognosen nach "DOXA"

Amerika hat sein "Gallup"-, Italien sein "Doxa"-Institut. Unter Leitung des Turiner Professors für Statistik, Pierpaolo Fegiz, veröffentlichte das Institut in Mailand im Zuge des wachsenden Wahlfiebers in Italien das Ergebnis seiner Umfrage: "Welche Partei oder politische Bewegung sollte im höheren Interesse Italiens besonders gestärkt werden?" Die veröffentlichten Zahlen, denen Professor Fegiz eine Fehlerquelle von drei Prozent zugesteht, ergeben dieses Bild:

| Parteien            | Befragte | Männer | Frauen | Norden | Süden  | Mittel-It. |
|---------------------|----------|--------|--------|--------|--------|------------|
| Komm. Volksfront    | 20 %     | 27.1 % | 11.9 % | 22.7 % | 15.7 % | 19.7 %     |
| Linksbürgerliche    | 13 %     | 16.5 % | 8.1 %  | 15.3 % | 9.5 %  | 12.6 %     |
| Christl. Demokraten | 35 %     | 26.2 % | 48.3 % | 34.8 % | 37.1 % | 36.4 %     |
| Rechtsparteien      | 14 %     | 16.2 % | 11.2 % | 11.4 % | 21.4 % | 12.3 %     |
| Unentschieden etc.  | 17 %     | 14.0 % | 20.5 % | 15.8 % | 16.3 % | 19.0 %     |

Eine Klassifizierung nach sozialen Schichten zeigt dies Ergebnis:

| Parteien            | Arbeitgeber<br>freie Berufe | Bauern | Landarbeiter | Handwerker | Arbeiter | Angestellte |
|---------------------|-----------------------------|--------|--------------|------------|----------|-------------|
| Komm. Volksfront    | 8 %                         | 15 %   | 42 %         | 28 %       | 42 %     | 12 %        |
| Linksbürgerliche    | 20 %                        | 12 %   | 6 %          | 21 %       | 15 %     | 21 %        |
| Christl. Demokraten | 33 %                        | 39 %   | 32 %         | 19 %       | 21 %     | 30 %        |
| Rechtsparteien      | 31 %                        | 15 %   | 4 %          | 17 %       | 8 %      | 23 %        |
| Unentschieden etc.  | 8 %                         | 19 %   | 16 %         | 15 %       | 14 %     | 14 %        |

Außerdem fanden Untersuchungen unter dem Gesichtspunkt der örtlichen Einwohnerzahlen statt. Die Stärke der Kommunistischen Volkfront liegt danach in Städten von 50 - 100.000 Bewohnern mit 25,3 Prozent, während die Democrazia Christiana besonders in Orten mit weniger als 50.000 Einwohnern ihren Rückhalt mit 38,6 Prozent hat. Der Gesichtspunkt des Lebensalters bestätigte die altbekannte Tatsache, daß radikale Ideen nach links und rechts besonderen Anklang finden, soweit es sich um die 18 - 25-Jährigen handelt.

E.A.M.

### "Sowjet-Mythos und Wirklichkeit"

In den Buchhandlungen türmen sich Broschüren zu Bergen, obwohl ein Heißhunger nach Bedruckten besteht und die Preise, gemessen an denen für jeden anderen begehrten Artikel, äußerst zivil sind. Es herrscht Überangebot und die Qualität hält mit der Quantität keineswegs Schritt. Oft hat man das Gefühl, daß das aufgewandte Papier für weit sinnvollere Dinge, wie zur Herstellung von Lehrbüchern oder Schreibheften, hätte benutzt werden sollen.

Umso nachhaltiger soll die im Auer-Druck G.m.b.H., Hamburg erschienene 94 Seiten umfassende Schrift Arthur Koestlers "Sowjet-Mythos und Wirklichkeit" empfohlen werden. Was gibt ihr den besonderen Wert? Zunächst einmal der Name des Autors, dann das Thema: Arthur Koestler gehört heute zu der kleinen Spitzengruppe in der internationalen politischen Publizistik. Er ist von Geburt Ungar, hat lange Jahre in Deutschland gelebt und war Mitglied der KPD, von der er sich 1938 trennte. Er ist weit in der Welt umhergekommen. Das größte Aufsehen hat er mit seinem Buch "Yogi und der Kommissar" err-egt, dem das hier vorgelegte Kapitel entnommen ist.

Die Darstellung gehört nicht zu den billigen Schwarz-Weiß-Zeichnungen der sowjetischen Verhältnisse. Sie geht an den Gegenstand mit der von leichter Melancholie überschatteten Hellsichtigkeit des enttäuschten und von seiner Neigung geheilten Liebhabers heran. Koestler stehen äußerst wirksame Mittel zur Verfügung: Gründliche Kenntnis des Stoffes, zumeist aus eigener Anschauung und sorgfältiger Archivarbeit, das Talent, ein Thema logisch zu Ende zu denken und die seltene Fähigkeit, aus dem so gewonnenen Bild überzeugende Schlussfolgerungen zu ziehen. Manche Grundvorstellung mag ungewöhnlich und manche Gedankenreihe verblüffend erscheinen - immer bleibt das Ganze interessant und eigenwillig.

Der Inhalt der Broschüre wird durch ihren Titel gut umschrieben, wobei hervorzuheben ist, daß dieser Inhalt nicht, wie so oft in Darstellungen ähnlicher Art, vornehmlich in Behauptungen und mehr oder weniger wirksamen Folgerungen, sondern überwiegend in Beweisen und unantastbaren Daten, meist sowjetischen Ursprungs, besteht. Daß diese Tatsachen in den Rahmen kluger, gedankenvoller Überlegungen gestellt werden, erhöht ihren Reiz. Bezeichnend für das Streben nach größtmög-

licher Objektivität ist die die ganze Arbeit durchziehende Auseinandersetzung mit den Anhängern des Sowjet-Mythos, deren geläufigste Argumente aufgegriffen und mit ruhigem Ernst widerlegt werden. Das Buch, dem der vorliegende Ausschnitt entstammt, entstand noch während des Krieges. Das Thema ist heute aktueller als es bei der Niederschrift des Buches sein konnte. Man wünscht der Schrift weiteste Verbreitung.

-u

-----  
 Stampfer-Buch in neuen 20.000 Exemplaren  
 -----

Das Erinnerungsbuch von Friedrich Stampfer, "Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik", erscheint demnächst im Bollwerk-Verlag, Offentach, erneut in einer Auflage von 20.000 Exemplaren.  
 (m/1/24/he)

-----  
 Die Stärke der Parteien Finnlands  
 -----

R.H. Stockholm, Ende März

Im Zusammenhang mit den Faktverhandlungen Finnland - Sowjetunion dürften einige Angaben über die Stärke der Parteien in Finnland allgemeinen Interesse begegnen. Die finnische Regierung setzt sich aus 12 Ministern und zwei Staatssekretären zusammen. Die Kommunisten bzw. die "Volksdemokraten", eine kommunistische Tarnung, stellen den Regierungsvorsitzenden Pekkala, den Innenminister Leino, den Justiz- und Sozialminister, sowie die beiden Staatssekretäre im Außen- und Nachrichtenministerium. Drei Minister sind Sozialdemokraten, drei gehören der agrarischen Partei, einer der schwedischen Partei an, ein Minister ist unabhängig.

Von den 200 Sitzen des finnischen Reichstages besetzten die Kommunisten und Volksdemokraten auf Grund der Wahlen von 1945 49 Sitze.

Über die im Dezember 1947 stattgefundenen Gemeindevahlen liegt nunmehr eine vollständige Übersicht vor. Die Wahlteilnahme erreichte etwas über 66% gegenüber nur 51% bei den Wahlen 1945. Den stärksten Stimmenzuwachs weisen die Sozialdemokraten auf, deren Anteil von 22% im Herbst 1945 auf 24,4% angestiegen ist. Dagegen gingen die Stimmen der Volksdemokraten (Kommunisten) von 22,8% auf 20,3% zurück. Eine Gruppe von Gemeindelisten, die als gemischte Linke bezeichnet wurde, erlitt einen Rückgang von 3,34% auf 0,8%. Dagegen konnten die verschiedenen bürgerlichen Listen ihren Stimmanteil von 51,5% auf 53,4% erhöhen. (b/303/A27a/2/he)

-----  
 Verantwortlich: Peter Raunau